

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 30.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 33.—. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. 4spaltige Zeile Mk. 1.20, 2spaltige Zeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühestens noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Ente, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 2

Mittwoch, den 5. Januar 1921

32. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Frankreich hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet mit Vorwürfen über zahlreiche Verstöße gegen den Friedensvertrag.
- \* Auf seinem Gute Coblenz ist der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nach kurzem Krankenlager gestorben.
- \* Der frühere Oberkammerer des deutschen Kaisers, Fürst Solms-Baruth, ist gestorben.
- \* Die Entente protestiert in einer neuen Note gegen die Verwendung von Flugzeugen im Volkseidelland.

## Wasser in den Wein.

Wie eine Konfliktnotiz in der Silvesternacht, so saufen in diesen Tagen Entente-Noten über Entente-Noten auf das Haupt des armen deutschen Volkes nieder. Es ist, als ob die Gewaltigen in London und Paris noch eine Art Großreinemachen hätten vornehmen wollen, ehe das alte Jahr 1920 vollends in die Versenkung verfiel. Das dabei Frankreich, wie immer, wenn es sich um Werte der Menschlichkeit und der Nächstenliebe handelt, die Führung hatte, versteht sich von selbst, doch gewinnt es allmählich den Anschein, als hätte man sich dabei in Paris etwas zuweit vorgemagt, denn das Echo, das dieser Notenkrieg in London hervorgerufen hat, entspricht nicht in allen seinen Teilen den französischen Erwartungen.

Inbesondere scheint es die Entwarnungsnote, die ausschließlich von der französischen Regierung gerichtet ist, den Engländern angehen zu haben. Sie spielen die Überraschten und betonen unmissverständlich, daß man sich die Sache doch einmal erst überlegen müsse. Warum, so wird gefragt, hat die Kontrollkommission mit ihren Wahrnehmungen bis zum 23. Dezember gewartet und hat dann erst eine volle Breitseite gegen Deutschland abgegeben, statt Schritt für Schritt die Unterlassungen zu bezeichnen, die sie feststellen zu können vermeinte? Praktisch, wie die Engländer sind, befrachten sie alsbald die Unterstellung der Militärkommission unter den Vorschalt, damit man in Zukunft nicht wieder erst unmittelbar am Vorabend weittragender Vermittlungen von angehäuftem Konfliktstoff Kenntnis erhalte. Jedenfalls brauche man Zeit, die von Frankreich aufgeworfene Fragen zu studieren und gewissenhaft über sie nachzudenken, damit nichts überstürzt werde. Bevor also die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien mit dem japanischen Vorschalt in Paris nicht zu neuen Beratungen zusammengekommen wären, könne von keinerlei Entscheidung in der Angelegenheit die Rede sein. Nicht einmal die Vorschaltkonferenz reiche aus, um diesen unermesslich schwierigen Fall zu erledigen, hier müsse schon der Oberste Rat zusammentreten, was natürlich erst wieder nach gewissen Vorbereitungen möglich sei. Das alles muß man in Paris ergeben zur Kenntnis nehmen. Man tut es mit schmerzlicher Mühe, da man sich natürlich keinen Verdruß anmerken lassen will. Und Ministerpräsident Lyautey hat es sogar über sich gewonnen, beim Neujahrsempfang seiner „vollen Befriedigung“ über die Lage Ausdruck zu geben. Frankreich befinde sich im Einverständnis mit England, was sich besonders bei den letzten Zusammenkünften gezeigt habe — und, wie wir hinzulügen möchten, wahrscheinlich auch bei den nächsten Zusammenkünften wieder zeigen wird. Woher sind sonst die Franzosen so hervorragende Taktiker? Sie sind es längst gewohnt, immer viel mehr Wärm um eine Sache zu schlagen, als ihnen diese wirklich wert ist; dann können sie, wenn es zur Entscheidung kommt, ruhig ihre Entrüstung um ein paar Räder juristischeren. Was sie dann erreichen, entspricht zum mindesten immer noch ihren ursprünglichen Erwartungen. Herr Lyautey hat selber schon abzubauen begonnen, indem er hinzulagte, was die Frage der Entwarnung Deutschlands betreffe, so könne er sagen, daß alles normal verlaufe. Und Herr Millerand, der Präsident der Republik, vergah natürlich nicht, beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps mit dem Brüllen der Überzeugung, der ihn so gut liebed, zu versichern, daß Frankreich dem Friedensideal und der Freiheit ergeben sei und damit seiner Überlieferung treu bleibe. So bleibt der schöne Vorschalt, den die Franzosen sich immer selber weidrührend aus Haupt setzen, unerschüttert, und was nebenher durch den ungestümen Notenantritt gegen Deutschland noch über den Friedensvertrag hinaus erreicht wird, läßt sich mitnehmen, wenn man sich auch einige Absätze an Wehrofordernungen und Strafmaßnahmen schon gefallen lassen muß.

Wir erleben dieses ganze Manöver auf französischer Seite nicht zum erstenmal. Doch ist man in Deutschland nun einmal so starkhaft veranlagt, daß man unwillkürlich die Ohren spitzt, wenn von jenseits des Rheines her geschossen wird. Es wäre besser, wir erinnerten uns öfter der Rhinogeschichte, von der Fürst Bismarck einmal sprach, als er feststellte, woran es uns Deutschen zum Teil im Umgang mit fremden Nationen gebreicht. In der Tat sind wir noch lange nicht abgedrückt genug gegen alle den Theaterdonner, mit dem die Franzosen uns immer wieder ins Raufloch zu jagen suchen. Nach ist es nicht so weit, daß sie allein auf der Welt geblieben können, und obwohl man uns ja nicht mehr viel mitzureden gestattet, haben doch auch wir es in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Franzosen sich heute und morgen wenigstens noch mit anderen Meuten in die Herrschaft der Erde zu teilen haben.

## Die Flugzeuge der Sicherheitspolizei.

Wieder ein Ententeverbot.

Die Vorkonferenz hat am 31. Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausweitung der Polizei mit Luftfahrgeräten weder gegen den Vertrag von Versailles, noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage noch in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann. Das Verbot einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages, und die Bildung von Ausbildungsbeschwadern für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erteilung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen; eine Ausweitung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

## Deutschlands Sündenregister!

Das neueste französische Sammelurteil.  
Künftig zu Silvester hat die französische Regierung unserem Vorkonferenz in Paris eine unendliche Liste von „Verstößen“ Deutschlands gegen den Friedensvertrag überreicht. Da ist die Rede von: geringer Waffenabgabe, Entwarnung der Zivilbevölkerung, Entwarnung und Auflösung der Sicherheitspolizei, Einwohnervorkehr, Herabsetzung der Wehrstärke und vielen anderen Sachen. Kurzum, das böswillige Deutschland hat den ganzen schönen Friedensvertrag glatt auf den Kopf gestellt. Damit auch die große Strafe nicht zu kurz kommt, heißt es zum Schluß des französischen Erlasses: „Unter Vorbehalt der sonstigen von den Kommissionen festgestellten Verstöße gegen den Vertrag und unbeschadet der Maßnahmen, die die alliierten Regierungen auf Grund des Friedensvertrages, der Note von Douaune und des Protokolls von Spa treffen könnten, muß die französische Regierung feststellen, daß am 31. Dezember wesentliche Bedingungen des Friedensvertrages nicht erfüllt sind, und daß die Deutsche Regierung die Bestimmungen des in Spa am 9. Juli unterzeichneten Abkommens nicht genau beobachtet hat.“

Die französische Regierung nimmt, soweit sie beteiligt ist, schon jetzt Akt von diesen Verstößen gegen die von Deutschland freiwillig übernommenen Verpflichtungen. Die alliierten Regierungen werden über diese Verstöße zu befinden haben.“

## Die Antwort der Reichsregierung.

In der ganz ausführlichen Antwort der deutschen Reichsregierung werden die französischen Vorwürfe gänzlich entkräftet. So heißt es bezüglich der Entwarnung der Zivilbevölkerung: Die angeführten und beschlagnahmten Bestände (418 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 2597 Maschinengewehre, 761 674 Gewehre und Pistolen, 582 689 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind sämtlich in derselben Weise wie es bei den abgelieferten Wehrbeständen üblich ist, versichert worden. Die freiwillig abgelieferten Bestände (378 Geschütze, Minenwerfer, Flammen- und Granatwerfer, 6536 Maschinengewehre, 612 068 Gewehre und Pistolen, 179 485 Stück Maschinengewehr- und Gewehrteile) sind bis auf einen verschwindend geringen Rest entsprechend der erwähnten Abzug den Bewaffnungen der Reichs-Treuhand-Gesellschaft übergeben worden, die das Material den Wärentwerten zur Verhütung zuführt.

## Bayern und Ostpreußen.

Die deutsche Regierung hat nicht, wie die französische Note vom 31. Dezember sagt, die Entwarnung der ostpreussischen und bayrischen Wehren verweigert. Sie hat in ihrem Schreiben vom 9. Dezember ausdrücklich erklärt, daß sie nicht daran denke, sich etwa in dieser Hinsicht der in Spa übernommenen Verpflichtungen entziehen zu wollen. Nur gelassen ist die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen Deutschlands.

## 50 000 Geschütze und fünf Millionen Gewehre.

Die Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgerät des ehemaligen deutschen Heeres noch nicht vollständig abgeliefert sei, muß bestritten werden. Es sei darauf verwiesen, daß annähernd 50 000 Geschütze, mehr als 5 000 000 Gewehre, 60 000 Maschinengewehre und 20 000 Minenwerfer abgeliefert worden sind. Die Kontrollkommission hat aber über die Bestimmungen des Vertrages hinaus mehrfach die Auslieferung von Gerät gefordert, das nicht als Kriegsgerät gelten kann, wie z. B. Festungsgewehre, Wapppatronen und Exzerzierpatronen. Diesen Forderungen konnte nicht entsprochen werden. Die Kommission hat auch zum Teil die mangelnde Berechtigung einzelner dieser Forderungen anerkannt, indem sie auf die Auslieferung verzichtete. Außerdem geht das Bestreben der Kommission dahin, die Weidende der Reichswehr an Instandsetzungsgerät und Ersatzteilen

an Nachrichten- und Wottergerät sowie an Ausrüstungsgegenständen auf das äußerste zu beschränken.

## „Das Mögliche ist geschehen.“

Zum Schluß sagt die deutsche Antwortnote: „Gegenüber den von den Kontrollkommissionen hervorgerufenen Fällen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung dieses Protokolls geleistet worden ist. Sie glaubt sagen zu können, daß niemand damals solche Leistungen zur Erfüllung der gestellten Forderungen für möglich gehalten hat. Sie wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, das die alliierten Regierungen mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles verfolgt haben, ist aber tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spa Unmögliches von Deutschland verlangt worden sollte. Die buchstäbliche Erfüllung hat sich als unmöglich erwiesen. Das Mögliche ist geschehen. Wenn die französische Regierung in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Zusagen von Spa nicht erfüllt worden seien, so erinnert die deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten vielmehr geprüft werden soll, ob sie loyal den Bestimmungen nachkommen. Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.“

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* Amerika und der Vertrag von Versailles. Die aus Washington gemeldet wird, hat Senator King eine Resolution auf Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles mit Ausschluß der Völkerverbündigungen eingebracht. Die Resolution wurde dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten überreicht. — Nach einer Meldung aus London liegt dort die Nachricht vor, daß nach einer Ankündigung des Senators Knox in der Sondertagung, die der Eröffnung des Kongresses folgen werde, ein Antrag eingebracht werden würde, der dem Kriegszustand mit Deutschland ein Ende bereite und eine Grundlage für eine Gemeinschaft der Völker biete.

\* Revolutionärspropaganda in Bayern. Am Neujahrstage wurden von linksradikaler Seite in der Stadt München Flugzettel angeheftet, durch welche die Reichswehrsoldaten zur Bildung revolutionärer Soldatenräte aufgefordert werden. Soweit möglich, wurden die Anschläge polizeilich entfernt.

\* Weiterbestehen der päpstlichen Gesandtschaft in München. In einem Schreiben des Papstes an die bayerischen Bischöfe wird erklärt, daß die päpstliche Gesandtschaft auch in Zukunft bestehen bleibe, um weiterhin beizutragen zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem katholischen Bayern und dem Heiligen Stuhl.

### Italien.

\* Das Fiume-Abkommen ist von General Cavaglia und der neuen Regierung von Fiume endgültig unterzeichnet worden. Einzelheiten werden jedoch noch gehalten. Man weiß nur, daß die Räumung Fiumes durch die Legionäre sofort beginnen soll. Die Befürchtung erscheint nicht unbegründet, daß die Räumung vielleicht nicht ohne ernste Zwischenfälle vor sich gehen wird. Ruverino haben die Legionäre zum dritte Male seit eingetretener Waffenruhe ein bestiges Gewehrfeuer auf die königlichen Truppen an der Hodabelinie eröffnet und gegen diese auch 20 Kanonenschüsse abgefeuert. D'Annunzio forderte, an der Spitze der Legionäre marschierend, Fiume verlassen zu dürfen, was Cavaglia ablehnte. D'Annunzio erklärte, Italien sofort verlassen zu wollen, nachdem er zuvor alle seine Orden und Ehrenzeichen an den König juristisch übergeben werde. Cavaglia verlängerte die Waffenruhe auf unbestimmte Zeit.

### Türkei.

\* In höchster finanzieller Bedrängnis hatte die Bforte, da ihr alle Geldmittel zur Regelung der rückständigen Beamtengehälter fehlen, Schritte bei den Verbandsmächten unternommen, um die Rückgabe der beschlagnahmten 400 000 Goldpfund zu erlangen, die zur Deckung des Innenbedarfs für die während des Krieges aufgenommenen inneren Anleihen in der Kaiserlich Osmanischen Bank hinterlegt waren. Die Verbandsmächte haben nunmehr in die Rückzahlung der genannten Summe eingewilligt unter der Bedingung, daß sie unter Aufsicht der internationalen Kontrollkommission nur für Bedürfnisse des Staates verwendet wird.

### Amerika.

\* Vereinigte Staaten von Mittelamerika. Spanische Blätter ergänzen über die Meldungen über die Einigungsbestrebungen zwischen den mittelamerikanischen Republiken dahin, daß Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica sich unter dem Namen Vereinigte Staaten von Mittelamerika als Bundesrepublik zusammengeschlossen hätten. Der neue Staat werde eine einzige Flagge führen und nur einen gemeinsamen diplomatischen Vertreter bei den einzelnen Mächten bestellen. Auch das Geldwesen werde vereinheitlicht werden.

### Rus Ja- und Ausland.

Paris. In der Kammer teilte der Finanzminister Marfa das Ergebnis der letzten Anleihe mit, das sich auf über 27 Milliarden Frank beläuft.

Madrid. Aus Santiago, Sevilla und Cadix werden Bombenterroristen gemeldet. Dieser an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Newport. Der Sekretär des Irenführers de Valera tritt mit der Erklärung der irischen Republik de Valera in Irland gelandet.

Sagbad. Der Leiter der Polizei, ein englischer Offizier, wurde am Weihnachtstage in der Hauptstraße von einem Araber erschossen. Die Wahrung gegen die Engländer nimmt täglich zu.

### Der Tod Bethmann Hollwegs.

Unerwartet kam vom Gute Hohenfinow in der Nacht am zweiten Tage des neuen Jahres die Nachricht, daß der ehemalige Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg dahingefahren sei.

Mit dem Namen des fünfsten in der Reihe der Kanzler des 1871 neu errichteten Deutschen Kaiserreiches wird die Entstehung des Weltkrieges untrennlich verbunden bleiben.



Im Verlaufe dieser unerhörten Katastrophe brach nach vierjährigem Kriege die deutsche Kaisermacht, das Werk Bismarcks, zusammen. Deutschland mußte Elb-Lothringen, einen Teil Schlesiens, die Kreise Eupen und Malmedy, den größten Teil der Provinz Flandern, Teile von Preußen, die Stadt Danzig abtreten, für Oberschlesien einer noch bevorstehenden Volksabstimmung über die fernere Staatsangehörigkeit verpflichten, auf seine Kolonien verzichten, seine Wehrmacht auflösen, die Kriegskasse ausleihen und im Versailles Frieden Verträge auf sich nehmen, die heute noch nicht entfernt zu übersehen sind, jedenfalls aber für Menschengedenken das deutsche Volk der Vereinerung seiner Kriegsgegner in einer Weise tributpflichtig machen, welche die fernere Lebensmöglichkeit ausschließt, falls der Lauf der Jahre nicht Widerung der unerfüllbar erscheinenden Bedingungen bringt.

Kaiser Wilhelm II. mußte die Krone niederlegen und mit seinem Thronerben in Holland Asyl suchen. Sämtliche Bundesfürsten wurden durch die ausbrechende Revolution gestürzt und auf dem Trümmerhaufen entstand die Republik, unter der seit zwei Jahren fast vergeblich versucht wird, wieder Ordnung und staatliche Bewusstheit in dem demokratisierten und verarmten Lande zu erneuern.

Ob Bethmann Hollweg bei anderer Auffassung seiner Amts- und Verantwortungspflichten in der Lage gewesen wäre, den Schlag des furchterlichen Unheils von Deutschland abzuwenden, ob ein anderer an seiner Stelle einen Ausweg aus dem mit jermalmender Gewalt geschlossenen Ring des Schicksals gefunden hätte, wird die noch nicht gelebte Geschichte unserer Tage untersuchen müssen. Seinen Anteil an dem Sturz in den Abgrund wird er für alle Ewigkeit tragen, unbeschadet der Anerkennung seines redlichen Willens, seiner furchtlich aufreibenden und unermüdlichen persönlichen Kämpfe, das richtige Ziel zu entdecken und das Steuer daraufhin einzustellen. Er hat es nicht vollbracht. Zu schwach, ihn beherrschenden und vom Kurs abdrängenden Gemalten zu widerstehen, vielleicht gerade aus einem subtil entwickelten Verantwortungsgefühl auch zu unentschlossen, im gegebenen Augenblick vom Schauspiel zu weichen, führte er das Schiff ins Verderben.

Nach zeugen die vom Sturm umgeriebenen Planken von der einstigen Größe und Herrlichkeit, aber die erregten Bogen bäumen sich noch immer erbittert über ihnen und bringen einen trübseligen Grabgelang am Sarge dieses ehrlichen, aber an seiner Kriegenaufrage scheiternden, von unwilligen Gegnern bis aufs Blut beleidigten und von seinen Freunden kaum noch verstandenen Mannes. So müssen wir an der Gruft seinem Wollen die gebührende Achtung zollen, sein Können erreicht nicht das was eines obersten Führers, dessen wir bedürft hätten. Fehlgriffe hatten den heroischen Menschen an, aber der Irrtum eines auf der Warte des Staatsgebäudes stehenden ersten Richters wird deshalb so tragisch, weil die Millionen von Volksgenossen dafür büßen müssen, ihr Fortbestehen und ihre gesamte Zukunft in Frage gestellt wird.

Sicherlich hat der jetzt Verlebene schwer gelitten in den letzten Jahren, da er in seiner Einsamkeit die ganze Wucht des unter seiner Verantwortung herausbezwungenen Unglücks erkennen mußte, die über das Vaterland hereinbrach. Die Lebenden werden weiter daran tragen und können den so bitter notwendigen Wille der Aussöhnung und des gegenseitigen Verständnisses dadurch befunden, daß sie auch an diesem Grabe sprechen: Möge ihm die Erde leicht sein!

Theobald v. Bethmann Hollweg wurde am 29. November 1856 in Hohenfinow bei Eberswalde geboren. Von 1875-79 studierte er in Straßburg, Leipzig und Berlin, wurde 1879 Kammergerichtsreferendar, 1886 Assessor in Potsdam und 1888 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1880 gehörte er kurze Zeit dem Reichstage an, war dann nachher in den Jahren 1898 bis 1901 - Oberpräsident in Potsdam, Regierungspräsident in Bromberg und Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preussischer Minister des Innern, trat aber bereits zwei Jahre später in den Reichsdienst als Staatssekretär des Innern über. Am 14. Juli 1909 wurde er als Reichsminister des Reichskanzlers, Präsident des preussischen Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Er blieb Reichskanzler bis zum 14. Juli 1917. Sein Nachfolger wurde Dr. Richter.

Die Todesursache war eine doppelte Lungenentzündung, deren Anzeichen sich erst vor wenigen Tagen, am 29. Dezember des verstorbenen Jahres, bemerkbar machten. Die Krankheit griff rasch auf sich und raffte den Vierundfünfzigjährigen in der Nacht auf den 2. Januar hinweg. Die Bestattung fand am Mittwoch um 8 Uhr in der Familiengruft in Hohenfinow statt.

Beileideseindrücken gingen u. a. ein vom Reichspräsidenten Ebert und vom Reichskanzler Fehrenbach.

### Die Abstimmung in Oberschlesien.

Unmöglichkeit des Wahlverfahrens.

Wie die Breslauer Zeitung mittelt, hat die Interalliierte Kommission in Oppeln gemäß der ihr in der französischen Antwortnote vom 27. Dezember 1920 zuwachenden

Aufgabe bereits das Reglement für die Volksabstimmung in Oberschlesien abgefaßt. Es dürfte in den nächsten Tagen amtlich veröffentlicht werden. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die genannte Zeitung über die wichtigsten Punkte des Abstimmungsreglements, soweit es hier vorliegt, folgendes:

Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden, aber nicht dort geborenen Personen sollen also nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen. Nach dem Friedensvertrag soll dieser Stichtag „nicht nach dem 1. Januar 1919“ liegen. Die Abstimmungsberechtigten werden in vier Kategorien eingeteilt, nämlich 1. in Personen, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen, 2. in Personen, die in Oberschlesien geboren, aber dort nicht ansässig sind, 3. in Personen, die außerhalb Oberschlesiens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen, 4. in außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiet durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben.

Diese Einteilung, sagt das Wahlreglement, erfolgt mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten je nach der Art der Ausweisung, die die Stimmberechtigten zum Nachweis ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzulegen haben.

### „Die Ausgewiesenen“

Zum letzten Punkt bemerkt die „Breslauer Zeitung“: In der Tat hat es niemals Ausweisungen aus Oberschlesien gegeben. Zwar sind eine Anzahl von unserem Standpunkt aus bedauerliche Verlegungen von Beamten „im Interesse des Dienstes“ vorgekommen, im übrigen aber hat es in Preußen und Deutschland niemals eine Verlegungsmaßnahme gegeben, die Bewohner irgendeines Landesteiles, also Reichsdeutsche, auszuweisen.

Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober anständig war oder, wenn er nicht im Abstimmungsbezirk anständig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Die „Ausgewiesenen“ stimmen in der Gemeinde ab, in der sie anständig waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden.

### Frühstens Mitte März.

Aber die Zeit und Fristsetzung befragt das Reglement, daß am 10. Januar 1921 die Interalliierten Kreisbüros konstituiert, vom 10.-12. Januar die paritätischen Gemeindeausschüsse gebildet werden und mit dem 14. Januar die dreimonatige Frist für die Eintragung in die Stimmlisten zu laufen beginnt. Am 3. Februar, 6 Uhr abends, ist Schluß der Eintragungsfrist, am 6. Februar Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmliste und Beginn der 12-tägigen Frist für die Einreichung von Einprüchen, am 3. März, sechs Uhr abends, Ablauf der Frist für die Entscheidung der Interalliierten Büros über die Einprüche, am 8. März Entscheidung der Interalliierten Kommission über die Einprüche.

Die Wahltag - befragt das Wahlreglement - werden die Interalliierte Kommission später bekannt gemacht. Das soll - wie eine Bekanntmachung im Oppelner Amtsblatt der Interalliierten Kommission bereits vor längerer Zeit befragt - rechtzeitig geschehen. Hiernach kann die Abstimmung also nicht vor Mitte März erfolgen. Man sieht aus diesen Eckdaten aus dem Abstimmungsreglement, daß es den aus den verschiedensten Verfassungen bekannten Wünschen Konstantin aber alles Maß entgegenkommt.

### Außenminister Simons über die Lage.

Die Daumenschrauben der Entente.

In einem Gespräch mit einem österreichischen Pressevertreter äußerte sich Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons über die Notlage Deutschlands und sagte: „Wir sollen uns unsere Finanzen ordnen, wenn nach wie vor die Gegner das Eigentum der Deutschen in ihrem Herrschaftsbereich wegnehmen und die Verarbeiten auf die Vorkriegszeit zurück zu verweisen, wenn nach wie vor erhebliche Teile ihres Dezereits in Form der Bezahlung auf unseren Staat überwälzen? Wie sollen wir wirtschaftlich zur Selbstständigkeit gelangen, wenn ein großer Teil des Eigentums zwangsweise und ohne jede Gegenleistung in das ehemals feindliche Ausland abfließt? Wie können wir unsere Reparationen nachkommen, wenn eine systematische Abstreitung der Entschuldigungsverpflichtungen des Friedensvertrages unsere Gruben und Werksstätten schandlos macht gegen verbrecherische Anschläge solcher Deutscher, denen die Rot der Welt den Kopf verdreht? Der Minister verweist auf die immer neuen Bemängelungen der Heeres- und Polizeiorganisationen Deutschlands durch die Entente und sagt weiter: „Sie verlangen unter dem Vorwande der Entschaffung sogar den Verzicht einer unserer fortschrittlichsten Industriemaschinen, nämlich der Dieselmotoren und der Luftfahrzeuge. Unsere Bemühungen, hier zugunsten unserer bequalifizierten Arbeiter und im Interesse des allgemeinen friedlichen Fortschritts der Technik eine Zurücknahme der gegnerischen Forderungen zu erlangen, haben bisher keineswegs ein Ergebnis gehabt.“

### Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Welt.

Die nachstehende Tabelle befragt, wieviel Welt für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder holländische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Preis“ - angegeben; „Welt“ - gesucht.)

Währungspläne	3. 1.	31. 12.	Stand
	Welt Preis	Welt Preis	1. 8. 14
Dolland	2322,25	2327,35	170 Mt.
Dänemark	1193,35	1138,65	112
Schweden	1478,50	1481,50	112
Norwegen	1184,85	1137,15	112
Schweiz	—	1110,85	72
Amerika	74,72	74,85	4,40
England	262,20	232,80	20,20
Frankreich	—	432,55	80
Belgien	—	455,50	80
Italien	—	284,70	80
Österreich	17,3	17,07	85
Ungarn	11,85	11,50	85
Litauen	81,77	81,97	85

\* Amerika Außenhandel mit Deutschland. Der Außenhandel der Vereinigten Staaten mit Deutschland hat auch im Monat November eine Steigerung erfahren. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug 85 081 000 Dollar gegen 82 449 000 Dollar im Oktober und

23 044 000 Dollar im November 1919. Die Einfuhr aus Deutschland nach Amerika ist dagegen gegen den Vormonat zurückgegangen. Sie betrug im November 7 858 000 Dollar gegen 8 022 000 Dollar im Oktober und gegen 8 259 000 Dollar im November vorigen Jahres.

\* Die englische Regierung zur Arbeitslosenfrage. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschloß die Regierung, die Arbeitszeit in den staatlichen Industrien herabzusetzen und ferner alle Arbeitgeber in England zu ersuchen, die gleiche Methode zu befolgen. Die Regierung wird die Arbeiterföderation auffordern, an dieser Bewegung teilzunehmen.

### Franz von Defregger gestorben.

Vom Hirtensingen zum berühmten Maler. München, 3. Januar.

Franz v. Defregger, der Rektor der deutschen Maler, ist gestorben. Er hat ein Alter von fast 86 Jahren erreicht. Schon in früher Jugend beim Viehhüten begann der Bauernsohn Defregger, der das Vokabular seiner Heimat nannte, zu zeichnen und in Holz zu schneiden. Als Fünfjünglingsjahr hinger ging er dann mit seinem aus dem Verkauf des väterlichen Gutes gewonnenen Vermögensteil nach Innsbruck, um Bildhauer zu werden. Da er jedoch mehr Beschäftigung zum Maler zeigte, pilgerie er bald nach München, wo er die Kunstakademie besuchte, zunächst ohne nennenswerten Erfolg. Das Gebot, auf dem sich seine Begabung schnell entwickeln sollte, fand er erst, als er Wotter aus dem Tiroler Volkstheater zu behandeln begann. Durch zahlreiche Reproduktionen in der ganzen Welt bekannt wurden seine Meisterwerke: der Tanz „auf der Alm“, das letzte Aufgebot (eine ergreifende Szene aus dem Tiroler Auland von 1800), die Heimkehr der Sieger, der Abschied von der Sennerin, Ankunft zum Fest, der Urauber, der fränke Dackel und viele andere. Fast alle diese Bilder aus dem Leben der Alpen erlangten eine große Popularität. So Defregger jedoch über die Genremalerei zur Historienmalerei hinauszuwachen, verlagten seine Fähigkeiten: es fehlte ihm an dramatischer Kraft, um Leidenschaften in höchster Erregung zu schildern.

Defregger war bis vor wenigen Jahren Professor an der Münchener Akademie und befragt die großen Werkschätze mehrerer Ausstellungen. 1888 wurde ihm der persönliche Adel verliehen.

### Bezirksauswahlprüfung in Grimma.

Am 30. Dezember 1920 fand die 17. diesjährige Sitzung des Bezirksauswahlprüfungsausschusses in Grimma statt.

In Mittelpunkt der Sitzung standen die Beratungen von 120 Nachträgen zu den Gemeindefestsetzungen für die Bezirke. Später wegen dienstlicher Verhinderung des letzten Regierungsrat Dr. Hebig dem Vorsitz führte.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Beratungen von 120 Nachträgen zu den Gemeindefestsetzungen für die Bezirke. Später wegen dienstlicher Verhinderung des letzten Regierungsrat Dr. Hebig dem Vorsitz führte. In der Sitzung wurden die Vorarbeiten der Bezirke zur Steuerreform der Gemeinden über die Besteuerung des realistischen Einkommens. Da nach den z. Zt. geltenden Bestimmungen die Nachträge bis zum 31. Dezember 1920 den zuständigen Finanzämtern vorgelegt sein mußten, wenn für das Steuerjahr 1920/21 die Erhebung der Steuer noch sicherzustellen sein sollte, war die sofortige Berücksichtigung dieser Nachträge geboten. Andererseits ergaben sich Schwierigkeiten, weil seitens der Landesfinanzämter Dresden und Leipzig gewisse Richtlinien aufgestellt worden waren, an deren Einhaltung diese ihre Zustimmung zu den Steuerordnungen geknüpft hatten. Ein Teil der Bezirke hatte sich an diese Richtlinien, wenn auch widerstrebend, gehalten und ihnen entsprechende Bestimmungen eingereicht, ein anderer Teil hatte sich durch diese als schweren Eingriff in die Selbstverwaltung empfindenen Richtlinien abhalten lassen, die Zulassung überhaupt einzuführen und ein dritter Teil schließlich hatte Nachträge eingereicht, bei denen die Richtlinien nicht inngehalten worden waren. Der Amtshauptmann führte einleitend aus, daß auch seiner Ansicht nach die zwingende Befolgung der Richtlinien einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht bedeute, daß es sich lediglich darum handeln könne, festzustellen, ob im einzelnen Falle der Begriff „kleines Gesamteinkommen“ eingehalten sei oder nicht, und daß darüber letzten Endes auf einmaligen Einspruch des zuständigen Landesfinanzamtes der Reichsfinanzhof zu entscheiden haben werde. Sache der Gemeinden und der Aufsichtsbehörde werde es sein, unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Einhaltung dieses Begriffes seinerzeit darzulegen. Hiernach kam der Bezirksauswahlprüfungsausschuss zu der Ansicht, daß die Richtlinien der sich liegenden Nachträge voll anzufügen, dazu, grundsätzlich sämtliche vorgelegte Nachträge zu den Steuerordnungen zu genehmigen, soweit nicht übermäßige Höhe der unteren Einkommensgrenze oder formelle Bedenken in einzelnen wenigen Einzelfällen Vorbehalte bedingten. Er war sich dabei darüber klar, daß den Gemeinden gegenüber, die sich entweder an die Richtlinien gehalten oder aus Bedenken gegen diese auf die Aufstellung von Nachträgen verzichtet hatten, nunmehr ein beiderseitiger Zustand geschaffen sei, für den ein Ausgleich herbeizuführen werden müsse. Er beschloß deshalb einstimmig, bei dem Ministerium des Innern dahin vorzuschlagen zu werden, daß die Frist zur Einreichung der Nachträge über den 31. Dezember 1920 durch das Reichsfinanzministerium verlängert werde, und beschloß weiter, sich die Rücknahme der eingehenden Nachträge bei den Finanzämtern vorzubehalten, falls die Fristverlängerung erfolgen sollte, um so eine gleichmäßige und gerechte Behandlung der Bezirke sicherzustellen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden noch genehmigt ein Ortsgefes für Hohenburg über die Offenhaltung der Gemeinderatsgebäude, ein Nachtrag zur Gemeindefestsetzung für Hohenburg über Erhebung der Grundsteuer, Nachträge zu den Gemeindefestsetzungen für Dennstedt, Gerichshain, Großbardau, Großschm. und Gerichshain und Erhebung von Zuschlägen zur Grundsteuer und die Erhebung der Grundsteuer des nordöstlichen Unterbolls der Bezirke. Schließlich die von der Bezirkeversammlung im Juli beschlossene und deren Genehmigung von der Kreisversammlung nur bedingungsweise in Aussicht gestellt worden ist, soll zufolge Ermächtigung der Bezirkeversammlung die Genehmigung der Steuerordnung in der bedingten Fassung erteilt, die Bestimmungen über die Grundsteuer in einer besonderen Steuerordnung zusammengefasst und im übrigen die Bestimmungen über die Besteuerung eigener Sogden in einem Nachtrag zur Jagdpachtsteuerordnung erneuert vorgelegt werden. Der von der Kreisversammlung bedungenen Forderung der Grundsteuerordnung für die im Bezirke der Amtshauptmannschaft delegierten selbständigen Gutsbezirke wurde zugestimmt. Der Beitrag des Bezirkes an den Verein Sächs. Seimalkauf, dessen Mitglied der Bezirk ist, wurde angemessen erhöht und dem Kaninchenzüchtervereine in Brandis zur Stiftung eines Ehrenpreises aus Anlaß einer Kaninchen- und Produktions-Ausstellung am 15. und 16. Januar ein Beitrag unter der Bedingung gewährt, daß der Preis nur für gute Rasse, nicht aber für Zuchtstiere zuerkannt werden soll. Die Bezüge der Bezirksanfalls-Beamten wurden nach den Vorschriften der Amtshauptmannschaft neu geregelt und wegen Gewährung der Kinderbeihilfe und der Ortszulage an die Bezirksangehörigen Entschädigung gefordert. Schließlich wurde noch von einem Berichte des Amtshauptmanns über die Landesgesetzliche Kenntnis genommen und die in einer Eingabe einer Anzahl Gemeindevorstände im nördlichen Teile des Bezirkes zum Ausdruck gebrachten Wünsche wegen der Wahlen der Mitglieder in die Steuerassessoren als ungerechtfertigt erklärt. Die endgültige Entschädigung auf ein Gehalt der Gemeinde Kleinermuth um Bewältigung eines Beitrages zu den Kosten des Aufwandes für den Bau wurde einstimmig genehmigt.

Mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Zeit wurde die Sitzung aufgehoben und die Beschlußfassung über weitere 25 Gegenstände der Tagesordnung der nächsten Sitzung übertragen.

### Sächsisch

Sonnenaufgang  
Sonnenuntergang  
1846 Höhe  
Freiburger  
Reichsminister

o Himmel  
nimmt zunächst  
schon wieder  
am 21. 8. 1919  
55 Min. Die  
sind nach 10  
11. d. Wts. 1.  
b. Wts. 8 Uhr  
und 4 Uhr 41  
ausnahmsweise  
Bierlei, am 9  
am 23. 8. 1919  
Von den 10  
Dagegen ist  
Venus etwa 1  
9. in unmittel  
während des  
Abendhimmels  
des Monats  
Saturn. Der  
sich Stern  
klarbar bleibt  
in der ganzen  
und Nacht.  
besondere der  
sehen wir den  
Eridanus und  
Fische; im N  
nach Nordwest  
im Norden  
W. im O  
Scheitelpunkt

Der Ueber  
mal durch ein  
altersher Abf  
Begründung des  
Krieges und dem  
prelle wird dem  
heilige Verfa  
Schweifen, die  
in so ausgiebig  
diese Stunde n  
Näher, insbes  
immerhin hat  
siehe nach dem  
berab mit her  
Jahres weithin  
— Tauch  
Dezember d. J. 2  
im gleichen Zeit  
mehr.

u. Die  
Berichte über d  
wöhnliche Frist  
indungen über  
inzuziehen bis  
+ Vom J  
In nächster Fr  
Steuerpflichtige  
Vermögenszuwa  
dah die Kriegsma  
wie die der B  
sondern unmittelbar  
erhalten wird.  
3. Jahrgang  
dringend empfo  
+ Neue U  
Die „Gouletten  
der Gemeinde-  
Tarifhöhe den  
von dem Ver  
1921 ab allen 7  
von 75 Pfg. pr  
+ Erhöhu  
Berichtsorgane  
Sätze sind um  
Berichtsorgane  
erner erhöht  
40 Pfg. 2 Mk.

Wir mo  
sohollent  
denn reden.  
Barren gwin  
Kaufmann  
machen läßt  
gehört, weic  
teten, welle  
die Wege d  
unter den B  
kunft verfa  
lange dürft  
kommen, so  
die man Bra  
„Das we  
kam ich mei  
wachen.“  
Fogumil  
Gold, er  
Welt in g  
mermann  
„Es ist  
wird es  
Arbeit ge  
erwähnen  
Wenig  
feiner P  
„Sie hab  
Stimme.  
„Nicht f  
haben und  
zulammen  
eine frant  
Ihr nach  
wollt Ihr  
mehr; w  
rid.“

Sächliche und lokale Mitteilungen.

Montag, den 4. Januar 1921.

Veröffentlichung für den 5. Januar.

Sonnenaufgang 8 1/2, Rondaufgang 4 1/2, Sonnenuntergang 9 1/2, Rondauntergang 1 1/2.

1846 Kaiserlich Rudolf Ged. — 1850 Österreichischer Reichsmarschall Graf Roberty gest. — 1919 Gemaltiger deutscher Reichstänzer Graf Hertling gest.

Himmelserscheinungen im Januar. Die Tageslänge nimmt zunächst noch ziemlich langsam, bald aber erheblich schneller wieder zu; sie beträgt am 11. 7 Stunden 57 Min., am 21. 8 Stunden 23 Min. und am 31. d. Mts. 8 Stunden 55 Min.

Vom alten ins neue Jahr.

Der Uebergang vom alten zum neuen Jahre zeichnete sich diesmal durch ein Uebermaß von Fröhlichkeit aus. Nicht, daß die von alters her übliche feierliche Verabschiedung des abgehenden und Begrüßung des beginnenden Jahres diesmal besonders ausgiebig stattgefunden hätte.

Naumburg. Von der hiesigen Gossanstalt sind im Monat Dezember 22012 cbm Gas abgegeben worden, gegenüber 22012 cbm im gleichen Zeitraum des Vorjahres, demnach dieses Jahr 1000 cbm mehr.

Die in dem in der vorliegenden Nummer abgedruckten Berichte über die Bezirksausführung am 30. Dezember 1920 erwähnte Frist zur Einreichung der Nachträge zu den Gemeindesteuerverordnungen über Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens ist inzwischen bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

Vom Finanzamt Göttingen wird uns folgendes mitgeteilt: In nächster Zeit werden, soweit es noch nicht geschehen ist, den Steuerpflichtigen die Steuerbescheide über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zugewiesen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs im allgemeinen nicht, wie der älteren Kriegsabgaben, durch die Gemeindebehörden, sondern unmittelbar durch die Finanzämter bei den Finanzämtern erhoben wird.

Neue Lohnforderungen der sächlichen Gemeindearbeiter. Die 11. Versammlungen Dresden, Leipzig und Zwickau des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben erklärt, daß die jetzigen Tarifhöhen den Verhältnissen nicht mehr entsprechen.

Erhöhung der Gerichtskosten. Eine weitere Erhöhung der Gerichtskosten ist mit dem 1. Januar 1921 in Kraft getreten. Die Höhe ist um das Dreifache erhöht worden.

Geläufte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

„Wir wollen sehen,“ unterbrach Mintrop ihn mit einer wohlwollenden Handbewegung, „darüber können wir erst dann reden, wenn ich das Geld habe.“

„Das weiß ich längst,“ seufzte Wernik, „mit Hoffnungen kann ich mein Weib nicht gesund und meine Kinder nicht satt machen.“

„Es ist nicht viel,“ sagte er, „indessen haben die erste Woche wird es Euch hinausbringen, und bis dahin habt Ihr vielleicht Arbeit gefunden.“

„Nicht so wie Ihr! — Macht mich nicht böse, Wernik, wir haben uns im Unglück kennen gelernt, nun müssen wir auch zusammenhalten!“

Gerichtskosten beträgt 6 Mk. Die Erhöhung erfolgte zur Deckung der Beamtengehälter in der Justiz, die voriges Jahr einen Zuschuß von 582 Millionen Mark erforderte.

Aus dem sächlichen Parteileben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vom 1. Januar ab eine Halbmonatschrift unter dem Titel „Sächsischer Volksbote“ als Organ des Landesverbandes herausgeben.

Das Ende des sächlichen Bundeskulturrates. Der sächsische Bundeskulturrat hat mit Ablauf des Jahres 1920 zu bestehen aufgehört, eine Tatsache, die zwar nicht beabsichtigt, aber eine Folge der heutigen Regierungsart ist.

Veränderte Bestimmungen für die Haftung der Landesbrandversicherungsanstalt. Der bei der sächlichen Landesbrandversicherungsanstalt bestehende Verwaltungsausschuß für die Mobilversicherung hat eine Forderung der bisher geltenden Bestimmungen infolgedessen beschlossen, als in Zukunft die Brandversicherungskammer durch Vereinbarung mit dem Versicherungsnehmer die Haftung der Anstalt für Brand- und Explosionschäden, die durch Krieg oder Aufruhr verursacht worden sind, auszuschließen kann.

Eisenbahnerüberleben. Kurz hintereinander hat die Jenaer Kriminalpolizei zwei Diebes- und Sebiensbände aufgeklärt und beseitigt gemacht, von denen die eine aus acht, die andere aus dreizehn Personen bestand. Unter der zweiten Bande befanden sich jedoch Eisenbahnbedienstete, die seit anderthalb Jahren planmäßig die hier durchlaufenden Kurswagen beraubten.

Ausdehnung des Benutzerkreises der Wochenrückfahrkarten. Die gegenwärtige Zurückführung der Angestellten bei der Ausgabe der billigen Wochenrückfahrkarten hatte den Reichswirtschaftsrat Veranlassung gegeben, einen Antrag des Vertriebes des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Beckmann auf Gleichstellung der Angestellten mit den Arbeitern anzunehmen.

Eine glänzende Karriere. Mit Ende voriges Jahres trat der Direktor der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, Kommerzienrat Hugo Keller in den Ruhestand.

Die hiesige privilegierte Schützengesellschaft hat ihren Schützenhof den sie seit 22 Jahren in Besitz hat, an Herrn Fritz Bergmann aus Leipzig verkauft. Der weiterhin die Schützengesellschaft an ihm betreiben wird. Der Schützenhof bleibt im Besitz der Gesellschaft und der neue Besitzer überträgt jährlich auch die Hälfte der Gesellschaft gegen eine Vergütung zur Abhaltung des Schützengesellschafts.

Ein aufsehenerregender Liebertritt. Der bisherige evangelisch-lutherische Pfarrer des Bades Naußlitz in Sachsen, Dr. Wihani, hat dieser Tage seinen Liebertritt zur römisch-katholischen Kirche vollzogen.

Das Interesses an dem Liebertritt ist, daß der Vater des Konvertiten, der Maschinenfabrikant Wihani, jahrelang Führer der Wurzener Ortsgruppe des evangelischen Bundes war.

Der Zimmermann atmete tief auf und fuhr mit der Hand über seine feuchten Augen. „Der liebe Gott lohne es Ihnen,“ sagte er, „während er das Geld einstreifte, ich gebe es Ihnen zurück, sobald ich wieder verdiene.“

„Das kann möglicherweise schon sehr bald geschehen,“ entgegnete Mintrop, der jetzt den letzten Rest seiner Zigarre in den Aschenbecher warf und sein Glas anstieß. „Wo Ihr wohnt, weiß ich schon, ich komme nächster Tage einmal, um mich nach Euch umzusehen.“

„Ich gebe nun nach Hause,“ seufzte der Zimmermann, „ich komme ja jetzt nicht mehr mit leeren Händen, und wer weiß, wie groß die Not ist.“

„Wie können Sie nur so ausgelassen sein?“ sagte Wernik mit einem scheuen Blick auf seinen Begleiter, als sie die Schänke verlassen hatten.

„Was für ein Haus?“ sagte er, „hier miete ich mir vorläufig eine Stube; ist der Stoff gut, so bleibe ich, bis ich weiß, wo ich meinen Baron finde.“

„Das ist mein Fall,“ sagte er, „hier miete ich mir vorläufig eine Stube; ist der Stoff gut, so bleibe ich, bis ich weiß, wo ich meinen Baron finde.“

„Das ist mein Fall,“ sagte er, „hier miete ich mir vorläufig eine Stube; ist der Stoff gut, so bleibe ich, bis ich weiß, wo ich meinen Baron finde.“

Die sich zuspitzenden Differenzen mit seinen bisherigen Amtsbrüdern haben nunmehr Dr. Wihani aus der protestantischen Kirche herbeigeführt, und nachdem er eine Zeitlang sich in einem benachbarten Kloster aufgehalten hatte, erfolgte jedoch auch sein offizieller Liebertritt zum katholischen Glauben, der in den kirchlichen Kreisen Sachsen naturgemäß das größte Aufsehen hervorruft.

Die Unfallherbeiführung in der Stadt nimmt bedenkliche Formen an. Von der benachbarten Mauerzeit geht man neuerdings zur Brandstiftung über. Wie in dem Interimsteil bekannt gegeben wird, wurde am Spätnachmittag gegen 7,10 Uhr im Gebiete des Herrn Seidewitzbrunn Bruno Kühner eine Brandstiftung verübt.

Schweinefleisch. Dem Besitzer des sogenannten Pfostenhauses, Julius Krehlmar, wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember aus dem verschlossenen Stall ein Schwein im Gewicht von etwa 3 Zentnern gestohlen und im angrenzenden Staatswalde abgehängt.

Rah und Fern.

Einkommensteuermarken zu 20 Mark hat jetzt die Reichsdruckerei hergestellt, so daß sie demnächst ausgegeben werden können.

Preussisch-deutsche Klassenlotterie. Die Ziehungen der neuen 17. (243.) Klassenlotterie beginnen Dienstag, den 11. Januar 1921.

Flucht aus einem Volksheimlager. Im früheren Gefangenenlager Ahren sind, wie aus Cuxhaven berichtet wird, auf deutsches Gebiet übergetretene Russen untergebracht.

Raub und Einbruch. In der Nacht zum 31. Dezember wurde der Verwalter der Postanstalt in Sande bei Westmöhren von fünf maskierten Männern aus dem Bett geholt und unter Drohungen gezwungen, die unter seiner Verwaltung stehenden Verläden herauszugeben.

Ende des Breslauer Sechstagerrennens. Aus dem Breslauer Sechstagerrennen, das am Abend des Neujahrstages sein Ende erreichte, ging die Mannschaft Lorenz-Stabe als Sieger hervor.

Neues Erdbeben in Argentinien. Nach Londoner Blättermeldungen hat in Argentinien ein neues schweres Erdbeben stattgefunden.

Im Jahre 1921 ist der interessanteste politische hundertjährige Erinnerungstag der 5. Mai, an welchem der erste Napoleon im Alter von erst 51 Jahren auf der Insel St. Helena starb, wobei die Engländer diesen ihren gefährlichsten Gegner gebracht hatten, als er sich ihnen 1815 nach der Schlacht bei Belle-Alliance selbst ergab.

Das Ende der ältesten deutschen Universität. Die Prager Universität ist die älteste deutsche Universität, die obwohl fast von den Türken bedrängt, sich doch bis heute immer noch gehalten hat.

„Tausend Dank!“ antwortete der Zimmermann bewegt, den Handdruck seines Schicksalsgenossen erwidrend, „ich werde Ihre Güte niemals vergessen.“

„Er setzte seinen Weg fort, wagte aber noch immer nicht, das Haupt zu erheben, denn er glaubte, jeder wüßte ihm anzuzeigen, daß er aus dem Gefängnis komme.“

„Und als er nun in das Arbeiterquartier einbog, meinte er, es würde doch besser gewesen sein, wenn er bis zum Abend gewartet hätte; hier konnten ihn ja alle, und viele wüßten wissen, daß er heute wieder entlassen wurde.“

„Aber das Geld braunte in seiner Tasche noch heißer, als die Sonne auf dem alten Füllhut, der sein Haupt bedeckte, er fühlte, daß er keine Ruhe fand, bis er die Not der Seinigen damit gelindert hatte.“

„Vor dem großen Hause stand ein Balkenwagen, er sah ihn erst, als er in das Haus hineintreten wollte; unwillkürlich prallte er zurück, sein Blick irrte mit angstvollem Ausdruck über die Köpfe der in Wägen gefüllten Kinder, die den Wagen umringelten.“

„In der nächsten Minute aber hatte er schon seine Fassung wieder gefunden. Es wühlten ja so viele Menschen in diesem Hause, weshalb sollte er gleich das Schlimmste befürchten?“

„Er hörte, wie hinter ihm jemand sagte: „Armer Kerl!“ aber es war ihm unklar, ob er darin ein Ausdruck aufrichtiger Teilnahme oder nur eine allgemeine Redensart suchen sollte.“

